A2NEU Wer wir sind

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 2 Anträge

Antragstext

Vor dem Hintergrund des Rück- und Partei-Austritts des Bundesvorstands und nahezu des gesamten Landesvorstands der GRÜNEN JUGEND SH halten wir es für notwendig, unser Verhältnis zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN klarzustellen und Zielsetzungen für eine offene Verbandskultur festzulegen:

Wir wollen mit dem Landesverband (LV)von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein zusammenarbeiten Das bedeutet, dass wir eine aktive Rolle im Landesverband spielen, aber auch eigenständige Aktionen durchführen. Im Gegenzug erwarten wir, dass der Landesverband SH bereit ist junge Kandidat*innen der GJ auf aussichtsreiche Listenplätze zu nominieren. Wir wollen mitentscheiden, auf Parteitagen präsent sein und dort unsere Ideen und Überzeugungen in die Partei und ihre Politik einbringen. Wir erwarten vom LV des Bündnis 90/Die Grünen, dass wesentliche politische Weichenstellungen und politische und personelle Entscheidungen mit uns abgestimmt werden. Um die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem LV SH und der GJ SH auszuloten, fordern wir den neu gewählten Vorstand auf, sich zeitnah mit dem Vorstand des LV SH zu treffen. Es soll eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Vorständen und mit den GJ-Parteiratsmitgliedern geben. Wir appellieren an unsere Sprecher*innen an den Fraktionssitzungen teilzunehmen.

Wir verstehen uns als eigenständiger, queerfeministischer,linker,ökologischer und inklusiver Jugendverband. Unsere Beschlussfassung erfolgt unabhängig derer von Bündnis 90/Die Grünen.

Wir wollen junge Menschen fördern, politisch bilden und ihnen den Sprung in politische Verantwortung erleichtern. Dazu gehört beispielsweise die Unterstützung bei Listenaufstellungen, Delegierten- und Gremienwahlen.

Wir möchten insbesondere junge Menschen aus marginalisierten Gruppen (FLINTA*, BiPOC, migrantisierte Menschen, Menschen mit Behinderung, armutsbetroffene Menschen, Menschen ohne akademischen Hintergrund, …) gezielt empowern und unsere Strukturen weiterentwickeln und Barrieren abbauen, denn alle Menschen sollen in politischen Räumen gleichberechtigt teilhaben können. Wir möchten die Themen, die junge Menschen bewegen, in die Politik tragen, mit jungen Menschen in den Austausch gehen und ihnen eine Stimme geben.Es sollen alle Mitglieder die Möglichkeit erhalten, sich niedrigschwellig und vor Ort in der Grünen Jugend zu beteiligen.Wir möchten die Themen, die junge Menschen bewegen, in die Politik tragen, mit jungen Menschen in den Austausch gehen undihnen eine Stimme geben. Es sollen alle Mitglieder die Möglichkeit erhalten, sich niedrigschwellig und vor Ort in der Grünen Jugend zu beteiligen. Dafür wollen wir als Landesverband Möglichkeiten schaffen und Konzepte erarbeiten, wie wir die aktive Teilhabe von Mitgliedern aus allen Kreisen des Landes stärken können. So können wir als Grüne Jugend unsere Präsenz in den ländlichen Kreisverbänden ausbauen und noch mehr junge Menschen für die Grüne Jugend begeistern.

Wir wollen junge Menschen mit Bildungsangeboten dazu befähigen, sich kritisch

mit Politik auseinanderzusetzen. Bildung bedeutet, Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, ihren Horizont zu erweitern und sich eine eigene Meinung zu bilden. Dazu ist es wichtig, Teilnehmer*innen von Bildungsangeboten nicht zu überwältigen, sondern Raum für kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen. Ziel muss es immer sein, junge Menschen in politischen Fragen sprachfähig zu machen, sie zum Bilden eigener Meinungen zu bestärken und sie in die Lage zu versetzen, schlüssig zu argumentieren. Das Bildungsangebot der GJ SH muss niedrigschwellig gestaltet sein so dass, jede*r die Chance an politischer Teilhabe und Mitbestimmung hat.

Wir wollen Menschen mit unterschiedlichen Positionen einen sicheren Raum für Meinungsäußerungen bieten. Alle Meinungen und Ansichten, die mit dem Grundgesetz und den darin festgehaltenen Werten vereinbar sind, müssen in der GJ geäußert werden können. Das bedeutet insbesondere auch, dass für diskriminierende, z.b. sexistische, queerfeindliche rassistische, antisemitische oder ableistische Aussagen kein Platz in der GJ SH ist. Die Willensbildung unserer Jugendorganisation kann nur gelingen, wenn unterschiedliche Meinungen geäußert und respektvoll diskutiert werden können.

Wir wollen dem neuen Landesvorstand auch weitere Formate, Strukturen und Ideen als Vorschläge mitgeben:

- Um die unterschiedlichen Positionen im Verband abzubilden, die Verbandspositionen weiterzuentwickeln und Mitglieder einzubinden können wir uns Diskussionsformate zu politischen Themen und der Verbandsentwicklung zwischen den LMVen vorstellen.

- Ebenfalls soll die Möglichkeit Landesarbeitskreise zu schaffen wie den “LAK Shalom – gegen jeden Antisemitismus” weiterhin genutzt werden.

- Da einige unserer Mitglieder kommunalpolitisch in Gemeinden, Städten, Kreisen, Vereinen usw. aktiv sind wollen wir Vernetzungs- und Austauschmöglichkeiten für diese wiederbeleben, um die Erfahrungen in unsere Verbandsarbeit einzubinden und auch vor Ort für unsere Ziele bestmöglich streiten zu können.

- Weiter soll die Perspektive neue Teams, wie “Social Media, Bildung und Geschlechterstrategien”, bei anderen Themen zu schaffen überlegt werden.

Zusammen mit dem Team “Social Media” sollen auch die Ideen für eine Kampagne zum Aufbruch in der GJ SH in Betracht gezogen werden.

- Anknüpfend an die Diskussionen bei den Grünen rund um das Thema “Ländlicher Raum und strukturschwache Regionen” möchten wir dieses Thema auch verstärkt, im Zusammenhang mit unserer KV-Vernetzung, diskutieren.

- Zuletzt soll auch mit dem Bundesverband diskutiert werden, wie wir die Situation rund um “ZeitFürEtwasNeues” aufarbeiten und wie das zukünftige Verhältnis zu einer neuen Organisation ausschauen soll. Gleiches gilt auch für unser Verhältnis zu anderen demokratischen Jugendorganisationen.

- Wir wollen niedrigschwellige Angebote insbesondere für diejenigen schaffen, die sich in ihren Kreisen nicht in einem Kreisverband enagieren können. Langfristig sollen so strategisch Mitglieder in den bislang inaktiven Kreisen dazugewonnen und Kreisverbände reaktiviert werden.

Antragssteller*innen: Moritz Bührmann, Franz Fischer